

Stellungnahme zu dem

**Entwurf der Änderung der Verordnung (EU) Nr. 651/2014 zur Feststellung der Vereinbarkeit bestimmter Gruppen von Beihilfen mit dem Binnenmarkt in Anwendung der Artikel 107 und 108 des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union**

reference number HT.5934

Die Europäische Union hat sich mit dem Green Deal das Ziel gesetzt, bis 2050 die Klimaneutralität zu erreichen. Die Stahlindustrie, die für rund 30 Prozent der industriellen CO<sub>2</sub>-Emissionen steht, kann dazu einen entscheidenden Beitrag leisten. Die etablierten Produktionsverfahren der Stahlindustrie sind mit prozessbedingt unvermeidbaren Emissionen verbunden, weshalb zur Umsetzung des Ziels der Klimaneutralität eine Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme und perspektivisch klimaneutrale Technologien erforderlich ist.

Dieser Technologiewechsel ist mit erheblichen Investitionen und substanziellen Mehrkosten im laufenden Betrieb für die Stahlindustrie verbunden, die in einem intensiven internationalen Wettbewerb steht. Eine wirksame Anschubförderung für die Einführung und den Hochlauf der neuen Verfahren ist daher unverzichtbar, solange Märkte für grünen Stahl mit angemessenen und fairen Rahmenbedingungen noch nicht entwickelt sind. Gegenwärtig erlauben die für die Umstellung der Produktionsprozesse einschlägigen Beihilfenvorschriften aufgrund der eingeschränkten Beihilfeshöchstintensitäten jedoch nicht, diese in einem ausreichenden Umfang zu fördern. Der europäische Green Deal kann daher nur dann erfolgreich umgesetzt und die angestrebten Klimaziele können nur erreicht werden, wenn diesbezüglich der Beihilferahmen Raum gibt, damit eine schnelle und umfassende Förderung der Transformation der Stahlindustrie und anderer energieintensiven Industrien möglich wird. Vor diesem Hintergrund begrüßt die Wirtschaftsvereinigung Stahl die weitere Überarbeitung der Allgemeinen Gruppenfreistellungsverordnung (AGVO) der Europäische Kommission. Die Überarbeitung (**AGVO-E**) weist in die richtige Richtung, in dem sie die Anmeldepflichten reduziert und Raum für eine schnellere und gezielte Beihilfengewährung eröffnet. Dennoch sieht die Wirtschaftsvereinigung Stahl noch erforderliche Anpassungen, um den Anforderungen der europäischen Klimaziele und dem Green Deal zu entsprechen:

## 1. Artikel 2. Begriffsbestimmungen

### Änderung der Definition des Stahlsektors in Art. 2, Ziffer 43 AGVO-E

Es ist kohärent, die mit den Leitlinien für Regionalbeihilfen bereits vorgenommene Änderung der Definition des Stahlsektors zu übernehmen, jedoch sollte auch hier das Folgende beachtet und die Änderung nicht leichtfertig vorgenommen werden. Die Mitgliedstaaten haben sich bereits im Jahr 1951 in Artikel 4 c) EGKS darüber verständigt, dass Beihilfen, die von Mitgliedstaaten an Unternehmen des Stahlsektors gewährt werden, als mit dem gemeinsamen Markt unvereinbar angesehen werden. Diese Einigung findet sich auch in den späteren EU-Leitlinien für Regionalbeihilfen wieder, die Beihilfen für Unternehmen des Stahlsektors stets ausschließen. Der Umfang des Ausschlusses resultiert aus der jeweiligen Definition des Stahlsektors in den Anhängen (Annex) der jeweiligen Fassung der Leitlinien für Regionalbeihilfen.

In der geltenden Fassung der AGVO wird die Definition des Stahlsektors in Artikel 2 Absatz 43 AGVO-E wie folgt eingeleitet:

*„43. Stahlindustrie“: sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Herstellung eines oder mehrerer der folgenden Erzeugnisse:*

Nunmehr wird in dem vorliegenden Entwurf der Europäischen Kommission dieser einleitende Satz der Definition, um den Textbaustein *„sämtliche Tätigkeiten im Zusammenhang mit der“* reduziert und lautet:

*„43. Stahlindustrie“: Herstellung eines oder mehrerer der folgenden Erzeugnisse.“*

In der geltenden Fassung der AGVO wurde zur Definition des Stahlsektors der Combined Nomenclature Code (Annex I der Leitlinien für Regionalbeihilfen 2007-2013) herangezogen, der jetzt aufgegeben wird. Wenn auch das hier angestrebte Ziel der Europäischen Kommission zur Schaffung von rechtsklaren und anwendungsfreundlichen Normen durch die Wirtschaftsvereinigung Stahl grundsätzlich befürwortet wird, wird seitens der Wirtschaftsvereinigung Stahl hier eine partielle Öffnung für regionale Beihilfen für den Stahlsektor befürchtet.

Vor der Einfügung einer solchen Änderung muss im Vorfeld sichergestellt werden, dass die zuvor gehandhabte Beihilfepraxis verbleibt. Die mittels der Definitionen der geltenden Fassung der AGVO für die Stahlindustrie gewährten bzw. unzulässigen Beihilfen müssen weiterhin auch mit der neuen Definition als mit dem Markt unvereinbar oder vereinbar angesehen

werden. Solange eine solche Anwendungspraxis nicht sichergestellt ist, sollte die Definition in der geltenden Fassung erhalten bleiben.

#### „innovatives Unternehmen“ Art. 2, Ziffer 80. AGVO-E

Artikel 2 Ziffer 80 definiert „innovative Unternehmen“. Es wird angeregt, zur Anreizsetzung für die Entwicklung von klimaneutralen Prozessen eine Litra d) mit folgendem Wortlaut zu ergänzen:

*„d) Unternehmen aus der energieintensiven Industrie, das durch Umstellung seiner Verfahren zu signifikanten CO<sub>2</sub>-Emissionsminderungen und verbesserter Kreislaufwirtschaft und damit besonders zum übergeordneten EU-Ziel des EU Green Deal beiträgt.“*

#### „industrielle Forschung“ Art. 2, Ziffer 85. und „experimentelle Entwicklung“ 86. und 97. „Prozessinnovation“ AGVO-E

Zur Klarstellung, dass Artikel 2 Ziffer 85. und 86. AGVO-E auch die energieintensiven Industrien sowie klimaarme bzw. klimaneutrale Technologien umfasst, sollten Ziffer 85. sowie 86. wie folgt ergänzt werden:

*„85. ‚industrielle Forschung‘: planmäßiges Forschen oder kritisches Erforschen zur Gewinnung neuer Kenntnisse und Fertigkeiten mit dem Ziel, in beliebigen Bereichen, Technologien, Branchen oder Wirtschaftszweigen (u. a. digitale und energieintensive Branchen und Technologien wie Hochleistungsrechnen, Quantentechnologien, Blockchain-Technologien, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Big Data und, Cloud-Technologien sowie CO<sub>2</sub>-arme bzw. klimaneutrale Technologien) neue oder erheblich verbesserte Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen einschließlich digitaler Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen zu entwickeln.“*

*„86. .... (u.a. digitale und energieintensive Branchen und Technologien wie Hochleistungsrechnen, Quantentechnologien, Blockchain-Technologien, künstliche Intelligenz, Cybersicherheit, Big Data sowie CO<sub>2</sub>-arme bzw. klimaneutrale Technologien...)“*

Ferner sollte Ziffer 86. auch die Entwicklung von Demonstrationsanlagen und Reallaboren als untrennbaren Teil der experimentellen Entwicklung umfassen. Es wird demnach in Absatz 2 der Ziffer 86. vorgeschlagen, den folgenden Satz zu ergänzen:

*„Die experimentelle Entwicklung umfasst als Instrumente insbesondere auch Demonstrationsanlagen und Reallabore.“*

Gleichsam ist es erforderlich in Ziffer 86. sowie in Ziffer 97. klarzustellen, dass die „experimentelle Entwicklung“ Produktionsverfahren miteinschließt, durch die klimaneutral bzw. CO<sub>2</sub>-arm produziert und/oder die Kreislaufwirtschaft verbessert und damit ein wesentlicher Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität geleistet werden kann. Wir schlagen daher eine Ergänzung wie folgt vor:

Ziffer 86.

*„Die experimentelle Entwicklung umfasst keine routinemäßigen oder regelmäßigen Änderungen an bestehenden Produkten, Produktionslinien, Produktionsverfahren, Dienstleistungen oder anderen laufenden betrieblichen Prozessen, selbst wenn diese Änderungen Verbesserungen darstellen sollten, schließt jedoch Produktionsverfahren mit ein, durch die klimaneutral bzw. CO<sub>2</sub>-arm produziert, die Kreislaufwirtschaft verbessert und damit ein wesentlicher Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität geleistet werden kann....“*

Ziffer 97.:

*„97. „Prozessinnovation“: Anwendung einer neuen oder wesentlich verbesserten Methode für die Produktion oder die Erbringung von Leistungen einschließlich wesentlicher Änderungen in Bezug auf Technik, Ausrüstung oder Software, beispielsweise durch die Nutzung neuer oder innovativer digitaler Technologien, dies schließt neue oder wesentlich verbesserte Produktionsverfahren mit ein, durch die klimaneutral bzw. CO<sub>2</sub>-arm produziert und damit ein wesentlicher Beitrag zum Ziel der Klimaneutralität geleistet werden kann.“*

## **2. Artikel 4. Schwellenwerte für Umweltschutzbeihilfen**

Erfreulich ist die Anhebung der Schwellenwerte, unterhalb derer eine Anmeldepflicht freigestellt ist. Vor dem Hintergrund des zeitlichen engen Rahmens zur Umsetzung der europäischen Klimaziele müssen die Schwellenwerte noch weiter angehoben werden, um der Komplexität großer industrieller Umstellungsprojekte zu entsprechen. Investitionsbereitschaft und Anreizsetzung wären mit höheren Schwellenwerten deutlich größer und die langfristigen Projekte schneller in ihrer Entwicklung.

### 3. Art. 36 I AGVO-E Investitionsbeihilfen für den Umweltschutz einschließlich Klimaschutz

#### Erhöhung der Beihilfeintensität auf bis zu 100 % im Rahmen eines Ausschreibungsverfahrens Absatz 6b)

Entsprechend der neuen Fassung des Artikel 36 AGVO-E sind Investitionsbeihilfen für den Umweltschutz einschließlich Klimaschutz im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt, sofern die Voraussetzungen des Artikels 36 AGVO-E sowie des Kapitels I erfüllt sind. Weiter führt Artikel in Absatz 6b) aus, dass die Beihilfeintensität bis zu 100 % der beihilfefähigen Kosten betragen kann, wenn die Beihilfe im Rahmen einer Ausschreibung im Sinne des Artikels 2 Ziffer 38. gewährt wird, wenn die weiteren zusätzlichen Voraussetzungen erfüllt sind. Wie auch der Entwurf des CEEAG im Zusammenhang mit Kapitel 4.1, lässt der Entwurf offen, was in den Fällen folgt, wenn eine Ausschreibung nicht erfolgen kann, etwa weil dafür keine ausreichende Anzahl von Unternehmen vorhanden ist. Insbesondere in Bereichen, in denen bis 2030 massive Investitionen notwendig sein werden, wie z.B. bei wasserstoffbasierten Verfahren in industriellen Anwendungen, und in der entsprechenden Hochlaufphase, wird eine solche Anzahl möglicherweise nicht zusammenkommen. Daher sollten die Ausnahmen von der Ausschreibung in der AGVO klarstellen, dass in solchen Fällen ebenfalls eine Freistellung von der Anmeldepflicht sowie 100%ige Beihilfeintensität gewährleistet ist.

#### 2a) und 6a) CCUS Kohlenstoffabscheidung- und -nutzung oder -speicherung

Neben einer massiven Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien werden vor allen Dingen klimaneutraler Wasserstoff und die Abscheidung, Nutzung und Speicherung von CO<sub>2</sub> (CCU/CCS für industrielle Prozessemissionen und CO<sub>2</sub>-Senken) eine entscheidende Rolle auf dem Weg der Industrie zur Klimaneutralität sein. CCU/CCS ist auch für die Stahlindustrie von erheblicher Bedeutung, da für den Übergang zu einer klimaneutralen Stahlproduktion ein schrittweiser Übergang von traditionellen zu klimaneutralen Verfahren erforderlich sein wird, es zunächst an einer hinreichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff mangeln wird und perspektivisch auch eine Lösung für Restemissionen gefunden werden muss. Vor dem Hintergrund der Essenz von CCU/CCS ist eine deutlich höhere Beihilfeintensität als 20 % erforderlich. Eine Beihilfeintensität in Höhe von 60 % in litra 6a) wäre angemessen und angesichts der hohen Bedeutung auch mit dem Markt vereinbar. Ferner sollte der Zugang zu der Beihilfe für CCU/CCS vor dem Hintergrund der erheblichen Relevanz erleichtert werden und die Investitionen in CCU nicht alle Voraussetzungen des Absatzes 2a) erfüllen müssen. So sollte

zur Anreizsetzung und Förderung der Investitionen nur eine der genannten Voraussetzungen zu erfüllen sein.

#### 4. Artikel 38 Investitionsbeihilfen für Energieeffizienzmaßnahmen

Soweit der Entwurf der EU-Energieeffizienzrichtlinie in der gegenwärtigen Gestaltung umgesetzt wird, werden die Verpflichtungen der Mitgliedstaaten und Effizienzziele erheblich verschärft. Es sind zur Erreichung erhebliche Investitionen erforderlich. Die Beihilfeintensität muss zur Erreichung der Ziele deutlich erhöht werden, mithin mindestens auf 50%.

#### 5. Artikel 44 Beihilfen in Form von Steuerermäßigungen nach der Richtlinie 2003/96/EG

Gerade auch für die Umstellung auf CO<sub>2</sub>-arme und perspektivisch klimaneutrale Technologien benötigt die Stahlindustrie größtmögliche Planungssicherheit. Die in Artikel 44 AGVE-E vorgesehene Verschärfung für die Ausnahme von einer Anmeldepflicht der nationalen Regelungen zur Steuerentlastung bewirkt das Gegenteil und sollte daher fallengelassen werden. Die Energiesteuerentlastungen für energieintensive Industrien und Unternehmen dienen dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und sollten nicht mit der Auflage zu Investitionen in Energieeinsparmaßnahmen verbunden werden. Auf diese Weise werden den Unternehmen die Rückzahlungen, die zur Kostenbegrenzung erforderlich sind, umgehend wieder entzogen. Dies gilt erst recht, wenn ein hoher Anteil von 50 % der Entlastung direkt wieder investiert werden soll. Zudem besteht die Gefahr, dass durch solche Auflagen Investitionen in bestehenden Anlagen gebunden werden, die perspektivisch durch CO<sub>2</sub>-arme Verfahren ersetzt werden müssen. Das Vorhandensein von Energiemanagementsystemen stellt eine umfassende Informationsgrundlage über Energieeinsparpotenziale bereit und erzeugt somit einen angemessenen und ausreichenden Anreiz für Energieeffizienzmaßnahmen. So wird durch die Pflicht der Überprüfung von Steuerentlastungen anhand der AGVO eine zusätzliche Unsicherheit hinsichtlich der Zulässigkeit von staatlichen Entlastungen geschaffen. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der jährlichen Überprüfungspflicht zur Erforderlichkeit der Steuerentlastungen der Fall, sollte die Entlastungsregelung unter Kapitel 4.1. des CEEAG zu subsumieren sein.

## 6. Wasserstoff

### Artikel 1 Ziffer 102 c. AGVO-E

In Artikel 1 Ziffer 102 c. wird Wasserstoff definiert sowie auf einen noch nicht erfolgten delegierten Rechtsakt der GD ENER nach Artikel 278 der EER II verwiesen. Der hier benannte delegierte Rechtsakt ist inhaltlich umstritten. Es wird in seiner zu erwartenden Ausgestaltung eine sehr starre enge Grünstromdefinition enthalten sein, die den Hochlauf einer Wasserstoffwirtschaft behindert. Aufgrund des notwendigen schnellen Hochlaufs der Wasserstoffwirtschaft sollte die dafür notwendige Erzeugungsinfrastruktur nicht durch die Verfügungs Knappheit an erneuerbaren Energiequellen verlangsamt werden. Es ist maßgeblich, dass eine grüne H<sub>2</sub>-ready Infrastruktur schnellstmöglich aufgebaut wird, die dann bei hinreichender Verfügbarkeit von erneuerbaren Energien auch ausreichende Erneuerbare Energiemengen produziert. Erst dann sollte die starre enge Grünstromdefinition angewandt werden.

### Artikel 41 AGVO-E Investitionsbeihilfen zur Förderung von erneuerbaren Energien, erneuerbarem Wasserstoff und hocheffizienter Kraft-Wärme-Kopplung (KWK)

Erfreulich ist, dass die AGVO die Wasserstofferzeugung als förderfähiges Instrument nennt. Hierbei ist jedoch eine kohärente und realistische Behandlung der Verfügbarkeit von Wasserstoff erforderlich. Zum Erreichen der europäischen Klimaziele unter dem gesetzten hohen Zeitdruck ist daher auch die Nutzung von nicht nur erneuerbaren, sondern auch von kohlestoffarmem Wasserstoff erforderlich. Realistisch ist demnach die Beihilfefähigkeit von sämtlichen Arten von kohlestoffarmen Wasserstoffarten, wie sie in Artikel 36 vorgesehen ist. Dass Artikel 41 lediglich erneuerbaren Wasserstoff vorsieht, ist nicht zielführend für das Erreichen der Ziele des Green Deals. Wie auch die Wasserstoffstrategie der Europäischen Union sollte die gesamte AGVO erneuerbaren sowie kohlestoffarmen Wasserstoff umfassen. Ferner greift eine Beihilfeintensität in Höhe von 30 % für KWK in Artikel 41 Absatz 7a) zu kurz. Auch hier sind zum Erreichen der europäischen Klimaziele Investitionen erforderlich und hierfür Anreize zu setzen. Entsprechende Investitionen sollten bis zu einer Beihilfeintensität von 60 % förderfähig sein.

### Artikel 48 AGVO-E Investitionsbeihilfen für Energieinfrastrukturen

Artikel 48 AGVO-E bestimmt, dass Investitionsbeihilfen für den Bau oder die Modernisierung von Energieinfrastrukturen im Sinne des Artikels 107 Absatz 3 AEUV mit dem Binnenmarkt vereinbar und von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind, sofern

die Voraussetzungen des Artikels 48 AGVO-E und des Kapitels I der AGVO erfüllt sind. In Absatz 4. heißt es „Beihilfefähig sind die [Gesamt]Investitionskosten.“ Hier sollte für die Rechtssicherheit klargestellt werden, ob diese Formulierung eine Option für die Beihilfefähigkeit von Investitionskosten sowie Gesamtinvestitionskosten oder lediglich von Gesamtinvestitionskosten umfasst.

Ferner wird in Artikel 48 Absatz 3 AGVO festgelegt, dass Beihilfen für Gasinfrastrukturen nur dann von der Anmeldepflicht nach Artikel 108 Absatz 3 AEUV freigestellt sind, wenn die betreffende Infrastruktur zur Nutzung für Wasserstoff und/oder erneuerbare Gase bestimmt ist oder hauptsächlich für den Transport von Wasserstoff und erneuerbaren Gasen genutzt wird. Es wird nicht hinreichend deutlich, ob auch H<sub>2</sub>-fähige Anlagen und H<sub>2</sub>-fähige Gasinfrastrukturen von der Anmeldepflicht befreit sind. Diese Klarstellung sollte erfolgen, um so Rechtssicherheit dahingehend zu schaffen, dass Erdgas als Brückentechnologie dienen kann. Es ist angesichts der anfänglichen Knappheit an grünem Wasserstoff und auch aufgrund des schrittweisen Übergangs zu einer klimaneutralen Produktion für die Stahlindustrie nicht möglich, dass eine neue Anlage oder Netzinfrastruktur von Anfang an ausschließlich mit Wasserstoff betrieben wird. Der anfängliche Einsatz von Erdgas in H<sub>2</sub>-fähigen Anlagen mit später zunehmenden Wasserstoffanteil ist ein wichtiger Anker, um den Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft überhaupt zu ermöglichen.

## 7. Kombination von Förderinstrumenten

Der Entwurf lässt leider die Zulässigkeit bei der Kombination von nationalen und europäischen Förderinstrumenten mit Important Projects of Common European Interest (IPCEI) grundsätzlich weiter offen. Ferner mangelt es an einer besonderen Regelung zu IPCEI, in dem die Zulässigkeit der Finanzierung von Massenproduktion im Rahmen von IPCEI sowie der Zulässigkeit und Rechtssicherheit bei der Kombination von europäischen Fördermöglichkeiten wie Innovationsfonds mit IPCEI geregelt werden. Zur Schaffung von Rechtssicherheit ist dies dringend erforderlich, um entsprechende Investitionen zur Umsetzung von Großprojekten zur Umstellung auf eine klimaneutrale Stahlindustrie zu planen.